

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblattband“
Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Herausg.

„Tagblattband“ Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.20 monatlich, M. 3.60 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder Bringerlehn. M. 4.00 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, auswärts durch Postgebühren. — Bezugs-Belegungen nehmen außerdem entgegen, in Wiesbaden die Postämter 19, sowie die Postämter in allen Teilen der Stadt; in Berlin: die dortigen Postämter und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pfg. für deutsche Anzeigen; 35 Pfg. für ausländische Anzeigen; 1.50 M. für deutsche Werbeflächen; 2.00 M. für ausländische Werbeflächen. — Bei wiederholter Aufnahme außerordentlich billiger. — Anzeigen-Kosten: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an bezugsfreien Tagen und Plätzen wird keine Gebühr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernsprecher: Amt Sagan 6202 und 6203.

Mittwoch, 23. Januar 1918.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 37. — 66. Jahrgang.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

W. T. B. Brest-Litowsk, 22. Jan. (Fig. Drahtbericht. Amtlich.) Die deutsche Kommission für die wirtschaftlichen Angelegenheiten hat ihre gestrigen begonnenen Besprechungen mit den russischen Vertretern heute fortgesetzt. Die Vorarbeiten für die weiteren wirtschaftlichen Kommissionsberatungen wurden einer Subkommission überwiesen, die bereits heute nachmittags ihre Arbeiten aufgenommen hat. Gestern und heute haben auch die ersten offiziellen Beratungen der deutsch-russischen Rechtskommission stattgefunden. Es wurde im einzelnen behandelt und formuliert: Die Beendigung des Kriegszustandes sowie die Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, die Entschädigungsfragen und die Wiederherstellung der Staatsverträge. Gegenwärtig wird über die Wiederherstellung der Privatrechte verhandelt.

Neue Vertreter der Ukraine in Brest-Litowsk.

L. Berlin, 22. Jan. (Fig. Drahtbericht. j.) Wie wir erfahren, sind nach der Abreise des Staatssekretärs Kühlmann in Brest-Litowsk zwei Vertreter des Zentralkomitees der Ukraine angekommen. Auf Grund der von ihnen vorgelegten Vollmacht sind sie als Mitglieder der russischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk anerkannt worden.

Abbruch der Beziehungen der russischen Regierung mit Rumänien.

Br. Haag, 22. Jan. (Fig. Drahtbericht. j.) Das holländische Neue Vossau meldet aus London: Die „Daily Mail“ erzählt, rief die russische Regierung ihren Gesandten in Rumänien zurück und befahl ihm, sofort zu verpacken, da Rumänien das Petersburger Ultimatum nicht befriedigend beantwortet hat.

Die Maximalisten und das Selbstbestimmungsrecht.

U. Rotterdam, 22. Jan. (Fig. Drahtbericht. j.) Der Petersburger Berichterstatter der „Daily News“ meldet: Bei den Krawallen, die am Tage der Eröffnung der Konstituante stattfanden, wurden 16 Menschen getötet und etwa 100 verletzt. Wie sich nach der Auflösung der gesetzgebenden Versammlung ergab, sind die politischen Ziele der Maximalisten und Sozialrevolutionäre nahezu identisch; die Streitigkeiten sind in der Hauptsache persönlicher Art, weil die Führer der beiden Parteien das Bestehen der ungeteilten Macht in Händen zu haben. Der „Nieuwe Rotterdam Courant“ schreibt in einem Leitartikel: Die Umstände, unter denen die Konstituante eröffnet wurde, zeigen, daß die Maximalisten nur so lange mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker einverstanden sind, als es in ihrem Interesse liegt. Sobald die Ausübung dieses Rechts aber ihre Macht einzuschränken droht, gebrauchen sie Gewalt. Das Blatt erwartet, daß, falls die Mittelmächte mit der Ukraine den Frieden abschließen, es mit der Macht der Maximalisten ein Ende haben werde.

Br. Amsterdam, 22. Jan. (Fig. Drahtbericht. j.) Unter dem 20. Januar meldet Reuter aus Petersburg: Einer Deputation der Sowjets erklärte Lenin, daß die Konstituante keine Zustimmung zum Zusammentritt erhalten werde. Sie werde durch den nationalen Konvent ersetzt, den der bevorstehende Kongress der Sowjets einsehen werde. Während der letzten Tage haben die roten Garden alle in den Straßen und Bohnhöfen erhältlichen Anti-Bolschewistischen Zeitungen beschlagnahmt und verbrannt.

Die fortschreitende Zersetzung in der russischen Armee.

L. Berlin, 22. Jan. (Fig. Drahtbericht. j.) Nach Berichten, welche uns von der Ostfront zugegangen sind, nimmt die Zersetzung der russischen Armee weiter ihren Fortgang. Trotz den von russischer Seite verbreiteten Nachrichten ist wenig Stimmung innerhalb des russischen Heeres für die Weiterführung des Krieges vorhanden. Weite Teile der Streitkräfte des Gegners sind derzeit demoralisiert, daß Kenner der Verhältnisse versichern, an einen schnellen Wiederaufbau der Heeresmacht sei nicht zu denken. Besonders trägt hierzu die schlechte Verpflegung bei. Von einzelnen Frontabschnitten wird berichtet, daß die Nahrungsmittelversorgung vollständig versage. Dazu kommt noch, daß im Transportwesen volle Anarchie herrscht. Bei den heutigen Zuständen aber ist eine Besserung in der Organisation der Eisenbahn kaum zu erwarten. So wird an einzelnen Frontstellen geradezu von einer verzweifelten Lage infolge Stokens der Proviantzufuhr berichtet. In der Ukraine arbeitet die Entente durch ihre noch in Rußland befindlichen Offiziere mit Hochdruck. Man hofft offenbar, dort fruchtbarer Boden für die Absichten unserer Gegner zu finden. Besonders sind es französische Agenten, die in Kiew die Zeitungen zu beeinflussen suchen. Die Zukunftspredice, die an der Ostfront verbreitet werden und die sich vor allem mit der Auflösung der konstituierenden Versammlung in Petersburg beschäftigen, geben ein trübseliges Bild von der Anmaßlichkeit der Bolschewiki. Überall, wo die

jetzigen Petersburger Machthaber auf Widerstand stoßen, erklären sie einfach ihre Gegner als Feinde der Revolution und bekämpfen sie. Ihre großsprecherischen freiheitlichen Theorien wenden sie nur so weit an, wie es ihnen paßt, nämlich vor allem in den Verhandlungen in Brest-Litowsk, während sie im eigenen Lande alle andersgefinnten Kräfte durch Waffengewalt niederzupflügen.

Der Krieg gegen England.

450 000 Mann Ersatztruppen — nur ein „Flohbiß“.

W. T. B. Bern, 22. Jan. (Drahtbericht.) In der Unterhandlungsphase erklärte der Abgeordnete Rogge, er besitze eine Information, die er dem Hause nicht in öffentlicher Sitzung mitteilen könne, da er sie bei einer privaten Besprechung erhalten habe. Nur so viel könne er sagen: Wenn Gebbes durch die neuen Maßnahmen mit 450 000 Mann aus den Zivilberufen auszukommen hoffe, so sei nach seiner Kenntnis der Lage das ganze Vorhaben völlig absurd, denn das bedeute einen bloßen Flohbiß und werde England dem Sieg um keinen Zoll näher bringen. Der Premierminister könne dem Hause sehr wichtige Informationen geben, auf die es Anspruch habe. Indem er sie verheimliche, beweihe er dem Hause und dem Lande eine unbedingte Geringschätzung. Der Abgeordnete Smallwood befragte sich über die in der englischen Armee herrschende Günstlingswirtschaft, durch die viele fähige junge Männer zu Hause gehalten würden, während andere trotz einer vielfachen Verwundung immer wieder an die Front geschickt würden. Wenn es keine Bevorzugung gebe und alle Gesellschaftsklassen die gleichen Opfer brächten, würde man keine Krisis seitens der Arbeiterschaft zu befürchten brauchen.

Die Annahme der englischen Heeresverpflichtung.

NWS. Haag, 22. Jan. (Fig. Drahtbericht. j.) Aus London wird gemeldet: Das britische Unterhaus hat den Gesetzesentwurf zur Verneuerung der Heeresstärke ohne wesentliche Änderungen in dritter Lesung angenommen.

Ein neuer englischer Generalstabschef.

Br. Bern, 22. Jan. (Fig. Drahtbericht. j.) Dasos meldet aus London: Generalleutnant Haig hat den Divisiongeneral Lawrence zum Chef des Generalstabs ernannt. Der Pariser „Temps“ bemerkt dazu, diese Ernennung sei nur ein Vorspiel einer Reihe von Veränderungen im britischen Oberbefehl.

Carson zurückgetreten.

W. T. B. London, 22. Jan. (Drahtbericht. Reuter.) Amtlich wird mitgeteilt, daß Carson als Mitglied des Kriegskabinetts zurückgetreten ist.

Die englischen Lebensmittelnöte.

W. T. B. Bern, 22. Jan. (Drahtbericht.) Die Lebensmittelknappheit rief in Manchester am 16. Jan. eine bemerkenswerte Kundgebung hervor. Am Vormittag, um 8 Uhr, legten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der acht großen Munitionsfabriken im Oldham-Gordon-Distrikt die Arbeit nieder und marschierten zum Rathaus, um die nationale Zwangsrationierung mit gleichmäßiger Verteilung der Lebensmittel für alle Gesellschaftskreise zu verlangen. Die Zeitungsberichte betonen, daß die Kundgebung um so eindrucksvoller war, als sie in völliger Ordnung und ohne Zwischenfall verlief. Eine aus 16 Personen bestehende Abordnung trug dem Oberbürgermeister die Botschaften der Arbeiter vor, die sich hauptsächlich gegen die ungleichmäßige Verteilung des Fleisches richtete und den Argwohn bekundete, daß seitens der Spekulanten eine künstliche Knappheit herbeigeführt würde. Ein Mitglied der Abordnung versicherte, die Arbeiter hätten nimmer die Grenze dessen erreicht, was sie aushalten könnten. Sie vermöchten nicht, bei trockenem Brot 14 Stunden zu arbeiten. Sie würden vielleicht sich selbst, keinesfalls aber ihre Kinder auf dem Altar des Nahrungsmittelwandens opfern. Der Oberbürgermeister gab die Zusage, er werde sein Möglichstes tun, um Abhilfe zu schaffen, und sandte an Lord Kinnaird einen telegraphischen Bericht über die Kundgebung. Eine weitere, einem Generalstreik gleichkommende, 100 000 Personen umfassende Demonstration gegen die ungleiche Lebensmittelversorgung von Manchester wurde von den Salford-Gewerkschaften für nächsten Sonntagmorgen beschlossen.

Auch Briand des Landesverrats beschuldigt.

Br. Amsterdam, 22. Jan. (Fig. Drahtbericht. j.) Im Jolle Coillaux wird aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß Clemenceau am Montag eine wichtige Besprechung mit Poincaré hatte, wobei Clemenceau die neuentdeckte Beschuldigung gegen Briand vorlegte und Poincarés Entscheidung zur Verhaftung Briands forderte. Der Präsident ersuchte Clemenceau, zunächst den ersten Termin Coillaux abzuwarten. Doch sind Maßnahmen getroffen, Briand nicht außer Landes zu lassen. Man will in Italien Beweise gesammelt haben, wonach auch Briand mit italienischen Sozialisten beraten hat, wie durch den Sturz der italienischen Regierung ein sozialistisch-liberales Kabinett geschaffen werden könne. Die Folge dieses Staatsstreiches sollte auch in Frankreich zu einem ähnlichen Ereignis führen. Das in

Italien entdeckte Anlagematerial gegen Briand wird von der italienischen Regierung benutzt, um die Niederlage in Venetien zu untersuchen, wonach Cadorna und sechs andere Generale, die auch abgefeht sind, unter Anklage kommen.

Ein türkischer Flottenvorstoß in den Dardanellen.

W. T. B. Berlin, 22. Jan. (Drahtbericht. Amtlich.) Am 20. Januar stießen türkische Streitkräfte, und zwar der Panzerkreuzer „Sultan Zabus Selim“ (früher „Goeben“), der kleine Kreuzer „Midilli“ („Breslau“) und Torpedoboote in den Dardanellen gegen feindliche Streitkräfte vor, die zur Fliegeraufklärung bei der Insel Imbros festgesetzt wurden. Ein großer und ein kleiner englischer Monitor wurden vernichtet, ein Transportdampfer von 2000 Tonnen versenkt, mehrere Sulks schwer beschädigt und die englische Signalstation an der Kephalo-Bucht zerstört. Beim Rückmarsch nach den Dardanellen ist der kleine Kreuzer „Midilli“ infolge mehrerer Unterwassertreffer von Minen oder Unterseebooten gesunken. Der Kreuzer „Sultan Zabus Selim“ lag beim Einlaufen innerhalb der Dardanellen an der Enge bei Ragara leicht fest. Er ist jetzt, wie die englische amtliche Meldung behauptet, durch schwere Beschädigungen auf Strand gesetzt.

Eine Marine-Ententekonferenz.

Br. Genf, 22. Jan. (Fig. Drahtbericht. j.) Die gleichzeitige Anwesenheit des italienischen Kriegsministers Generalleutnants Nisieri und des italienischen Generalstabschefs der Marine Admiral Thaon di Revel in Paris gibt den Pariser Blättern Anlaß zu Vermutungen über den Zweck dieses Besuchs. Der Admiral hatte mit dem französischen Marineminister Degeues eine längere Unterredung im Hinblick auf die bevorstehende Ententekonferenz der Ententemarine, in der neben anderen Angelegenheiten auch die Abwehr gegen den U-Bootskrieg zur Erörterung gelangen soll.

Ein Antrag auf Loslösung des deutschen Teiles von Böhmen.

Br. Wien, 22. Jan. (Fig. Drahtbericht. j.) Bei dem Wiederausammentritt des österreichischen Abgeordnetenhauses gaben die deutschen nationalen Abgeordneten Böhmens die Erklärung ab, sie wünschten die Loslösung der deutsche Teile des Königreichs Böhmen und die Vereinigung dieser Teile zu einer selbständigen österreichischen Provinz Deutschböhmen.

Abgeordnetenhaus.

(Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.)

§ Berlin, 22. Januar.

Am Regierungstisch: Kommissare.
Präsident Graf v. Schwerin-Köslitz eröffnet die Sitzung um 2.45 Uhr.

Zunächst wird das Einverständnis des Abgeordnetenhauses mit der endgültigen Fassung des Artikels 1, Ziffer 7, des Entwurfs eines Kriegsgesetzes zur Vereinfachung der Verwaltung, wie es sich aus den Beschlüssen der dritten Lesung ergab, festgestellt.

Nach Erledigung von Rechnungssachen folgt die Beratung des Antrags des Abg. Dr. Heß (Zentr.) und Genossen, um Befreiung der Bevorzugung von Vorschülern vor den Volksschülern. In dem Antrag der Unterrichtscommission wird die Staatsregierung ersucht, Maßnahmen für die Volksschule zu treffen, durch welche die Aufnahme in höhere Schulen der Volksschüler unter nicht ungünstigeren Bedingungen ermöglicht wird als den Vorschülern.

Nach kurzen Ausführungen der Abgg. Müller (Konf.), Heß (Zentr.), Wittrod (Vpt.), Hänisch (Soz.), Blankenburg (natl.) und Hambohr (freikonf.) wird der Antrag der Kommission angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags der Abgg. Fürbringer und Genossen auf Errichtung eines Bankinstituts zur Gewährung von Schiffsdarlehen. Die Handels- und Gewerbekommision beantragt, die Staatsregierung zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, wie das für die deutsche See- und Binnenschifffahrt bestehende Bedürfnis nach Schiffsdarlehen befriedigt werden soll.

Abg. Dr. Haarer (Zentr.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Die Abgg. Fürbringer (natl.), Dr. Grüger (Vpt.), Hammer (Konf.) und Brodmann (Zentr.) befürworten die Annahme des Kommissionsantrags.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.
Hierauf berichtet Abg. Vohl (Vpt.) über die Verhandlungen der Justizkommission über den Antrag Kronson (Vpt.) betreffend das Haltekinderverfahren. Im Antrag der Kommission wird die Regierung ersucht, auf eine reichsgerichtliche Regelung des Haltekinderverfahrens einzuwirken, durch welche eine einwandfreie Pflege der Haltekinde und Bewahrung der Ziehämter gewährleistet wird, mit der

